

Beschluss der 30.Landesmitgliederversammlung (LMV) in Augsburg vom 20. bis 22. April 2012

Militär und Waffen – mit Vorsicht zu genießen

Militär und Kriegsfragen sind allgegenwärtig in der Gesellschaft. Afghanistan, Irak und Libyen sind einige der Fälle, über die häufig diskutiert wurde. Aber auch die Reform der Bundeswehr und die Kooperationen mit den Kultusministerien müssen hinterfragt werden. Die Grüne Jugend Bayern möchte hierbei auch bundes- und globalpolitische Forderungen zu Militär und Friedenssicherung aufstellen und dem Ziel des Weltfriedens näher kommen.

Deutschland wurde 1955 unter der Bedrohung des kalten Krieges mit einer reinen Verteidigungsarmee wiederbewaffnet. Doch in Zeiten einer starken Europäischen Union und starken Militärbündnissen erscheint der Verteidigungsfall in weite Ferne gerückt. Unter diesen Umständen ist eine Bundeswehr noch wesentlich kleiner und effizienter realisierbar, als das derzeit in der Bundesregierung vorgesehen wird. Auch muss die Ausrichtung der Bundeswehr mehr an der Zielsetzung orientiert sein, humanitäre Hilfe in unsicheren Gebieten der Welt leisten zu können. Langfristig muss die Armee gänzlich in einer staatlich organisierten, technischen, unbewaffneten und humanitären Hilfsorganisation aufgehen. Dies soll auch die einzige Ausbildungsrichtung in der Bundeswehr sein, für die ab sofort öffentlich geworben werden darf.

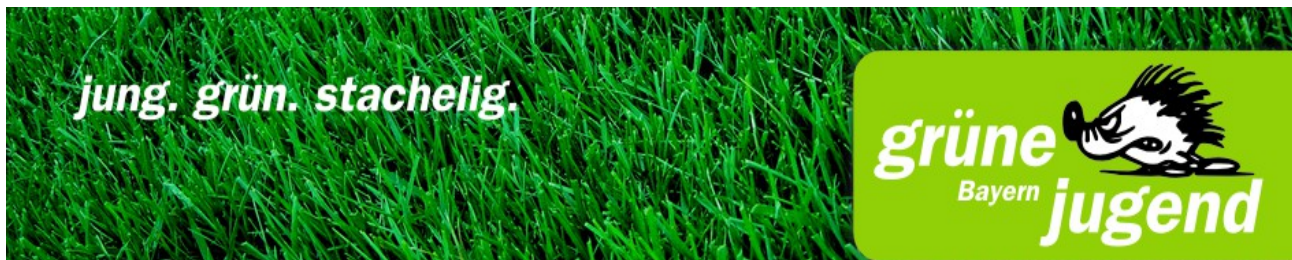
Eine Verharmlosung der Ausbildung zur*zum Soldat*in und die zugehörigen Auslandseinsätze, die bei den Bundeswehr-Werbespots erfolgt, ist inakzeptabel. Auch fordert die Grüne Jugend Bayern, dass der Bundeswehr an den Schulen kein Platz eingeräumt werden darf um dort intensive Werbung für den Dienst an der Waffe zu machen.

Was die Beteiligung Deutschlands an Militärbündnissen betrifft, so ist dies grundsätzlich kritisch zu sehen. Zu oft definieren sich Militärbündnisse zwar nur als Verteidigungsbündnis, verteidigen aber dann die wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder. Doch selbst der Verteidigungsfall darf nur dem Ziel dienen, den Frieden wiederherzustellen. Ein Militärbündnis muss sich zudem zum Ziel setzen, Frieden nicht nur innerhalb der Mitgliedsstaaten zu gewährleisten.

Militärische Interventionen sind dabei Bestandteil der heutigen Welt. Sie müssen grundsätzlich an sich selbst den Anspruch haben, keinen Konflikt lediglich militärisch fortzusetzen. Ihre einzige Funktion darf der Schutz der Zivilbevölkerung vor Menschenrechtsverletzungen sein. Einsätze wie beispielsweise in Libyen zeigen, dass oftmals wenige gezielte militärische Eingriffe zu einer deutlichen Verbesserung der Situation für einen Großteil der Zivilbevölkerung beitragen. Dennoch ist die militärische Intervention nur die letzte Lösung, wenn alle diplomatischen Wege gescheitert sind. Zivile Möglichkeiten der Konfliktbewältigung stehen zu weit außerhalb des Fokus gesellschaftlicher Debatten – es gibt unzählige Möglichkeiten, Konflikte ohne Waffengewalt

Beschluss der 30. Landesmitgliederversammlung der GRÜNEN JUGEND Bayern in Augsburg (April 2012)

(Bildquelle: pedestrianrex – Lizenz: CC BY-SA 2.0 – Bildlink: <https://secure.flickr.com/photos/pedestrianrex/2420997341/>)



anzugehen, die auf deutliche bessere Weise zu Frieden führen, als militärische Interventionen. Die wichtigste Frage, die jedoch im Falle einer militärischen Intervention zu klären ist, ist die Frage der Legitimation.

Diese kann nicht von einem Militärbündnis kommen sondern muss von einer Vertretung nahezu aller Nationalstaaten entschieden werden. Die UNO stellt hierbei die derzeit nächstliegende Instanz dar. Wir halten es allerdings auch für falsch, dass fünf Veto-Mächte im UN-Sicherheitsrat eine Entscheidung über das Eingreifen in einen Konflikt treffen.

Jeder Krieg braucht Waffen, die zunächst hergestellt werden müssen. In vielen Ländern, unter anderem in Libyen auf Seiten des Regimes, wurden in Deutschland hergestellte Waffen genutzt. Wir lehnen die Herstellung und den Export von Waffen ins Ausland ab. Waffenproduktion soll, wenn überhaupt, nur von Polizei und Bundeswehr in Auftrag gegeben werden dürfen. Da wir jedoch die Durchsetzung eines Verbots kurz- und mittelfristig leider für unwahrscheinlich halten, setzen wir uns für mehr Transparenz bei der Entscheidung über Waffenexporte in Regionen außerhalb der EU ein. Mit Krieg darf kein Profit gemacht werden!